

Persistenter Identifier: 1571051867188_1979

Titel: ARCH+ : Zeitschrift für Architekten, Stadtplaner, Sozialarbeiter und kommunalpolitische Gruppen

Ort: Stuttgart

Datierung: 1979

Strukturtyp: volume

Lizenz: [Rechte vorbehalten - Freier Zugang](#)

PURL: https://digibus.ub.uni-stuttgart.de/viewer/image/1571051867188_1979/1/

Abschnitt: Rezensionen: Neues zu Bologna

Autor: Evers, Adalbert

Strukturtyp: article

Lizenz: [Rechte vorbehalten - Freier Zugang](#)

PURL: https://digibus.ub.uni-stuttgart.de/viewer/image/1571051867188_1979/146/LOG_0042/

zifizieren, um die objektiven Bedingungen alternativer Politik genauer bestimmen zu können.

Dieses Defizit erklärt u.E. die höchst überraschende Einschätzung, daß die gegenwärtig propagierten Konzepte zur Stadterneuerung in der Tat eine generelle Trendumkehr bewirken könnten: vom „Auffangbecken marginalisierter Gruppen“ zur „Verbürgerlichung der Innenstädte“ (480/478) — eine gerade für „kritische“ Soziologen erstaunliche Bewertung der Fähigkeit staatlicher Politik zur Steuerung gesamtgesellschaftlicher Prozesse unter gegenwärtigen Bedingungen.

3. Etwas leicht machen es sich u.E. die Autoren schließlich auch mit der Formulierung einer alternativen Entwicklungspolitik, die in der Forderung mündet, „in die entgegengesetzte Richtung“ umzuverteilen: „Planungsmaßnahmen und verfügbare Mittel müßten auf diejenigen konzentriert werden, die einer Verbesserung ihrer Wohnverhältnisse am meisten bedürfen.“ (480)

Was hier als alternative Politik ausgegeben wird, erschöpft sich — wenn wir es richtig sehen — im wesentlichen in der Formulierung eines moralischen Postulats, dem man den Respekt sicher nicht versagen kann. *Wie* aber eine solche Umverteilung zu erreichen ist, welche Gruppen diese Forderungen tragen und durchsetzen sollen, bleibt ebenso im Dunkeln wie die für politische Praxis nicht unerhebliche Frage, an welchen Grenzen dieser Gesellschaft die „Randständigkeit“ und „Einkommenschwäche“ von Gruppen festgestellt werden sollen, von wem und mit welchen Folgen hier schon im Sprachgebrauch Ausgrenzungen vorgenommen werden. Eine alternative Politik, die mehr als ein moralischer Appell zu sein beansprucht, hätte u.E. genau diese Fragen ins Zentrum zu stellen, hätte vor allem die möglichen politischen Träger der Alternativen und mögliche Formen der Bündnispolitik aus einer sozialstrukturellen Analyse genauer zu bestimmen, statt bloß abstrakt auf das „Verhältnis zwischen traditioneller Arbeiterbewegung und den deklassierten Gruppen“ hinzuweisen (479).

Häußermann und Siebel haben einem weit verbreiteten Unbehagen an der gegenwärtigen Politik der Stadterneuerung Ausdruck gegeben. Darin liegt zweifellos ein wichtiges Verdienst. Es bleibt zu hoffen, daß die notwendige Kritik an ihrer Situationsbeschreibung, Problemanalyse und Alternativvorschlägen den Anspruch, der solche wissenschaftlich-politischen Analysen motiviert, schrittweise in einer theoretisch wie politisch verbindlicheren Weise einlöst.

Rezensionen: Neues zu Bologna

Harald Bodenschatz

STÄDTISCHE BODENREFORM IN ITALIEN

Die Auseinandersetzung um das Bodenrecht und die Bologneser Kommunalplanung
Campus Verlag 1979, DM 36,—

Tilman Harlander

REGIONALE ENTWICKLUNGSPOLITIK IN DER EMILIA ROMAGNA

Campus Verlag 1979, DM 36,—

Im Zusammenhang der Besprechung des Sammelbandes von Mayer/Roth/Brandes „Stadtkrise und soziale Bewegungen“ (ARCH+ 43/44) wies ich auf den eher zufälligen und sporadischen Charakter der Rezeption ausländischer Erfahrungen im Bereich der Urbanistik und Kommunalpolitik hin. Nunmehr liegen mit den Bänden von H. Bodenschatz und T. Harlander zwei Arbeiten vor, die auf der Basis eines systematischen Quellenstudiums einen der wichtigsten und meistdiskutierten Ansätze in den letzten Jahren, die Planungspolitik der PCI in Bologna und in der diese Stadt umgebende Region Emilia-Romagna, diskutieren und einzuschätzen suchen. (Eine dritte Arbeit von L. Jax, die sich schwerpunktmäßig mit der Frage nach der basisdemokratischen Fundierung dieser Politik und damit vor allem mit der Entwicklung der Quartierdemokratie und ihren Institutionen in Bologna befaßt, wird in absehbarer Zeit erscheinen.)

Methodisch sind beide (allerdings aufgrund der Materialfülle nicht durchweg leicht zu lesenden) Arbeiten ähnlich angelegt: Durch die historisch angelegte Analyse der jeweiligen Rahmenbedingungen (nationaler Kontext, Gesetzgebung etc.) sowie die enge Verbindung von ökonomischen, politischen und sozialen Faktoren wird versucht, aus der gerade im Fall Bologna allzu häufig geübten Sterilität schlichter Zustimmungs- oder Ablehnungslogik einen Ausweg zu finden.

Die Arbeit von H. Bodenschatz umfaßt zwei größere Themenkomplexe, die bereits im Untertitel angesprochen werden:

- die politische Auseinandersetzung um das italienische Städtebaurecht seit dem II. Weltkrieg und
- die Entwicklung und widersprüchliche Durchsetzung eines sozialorientierten Planungskonzeptes am Beispiel der Stadt Bologna.

Die Zusammenfassung dieser beiden Themenschwerpunkte verweist auf einen erweiterten Begriff von „städtischer Bodenreform“: zum einen läßt sich der gesellschaftliche Konflikt um die gesetzliche Verankerung neuer Planungsinstrumente nicht ohne die genaue Kenntnis der fortgeschrittensten Praktiken der Anwendung bestehender Instrumente diskutieren, mit anderen bleiben sozialorientierte Stadtplanungskonzepte wie das von Bologna nur allzuleicht bestaunte, aber unbegriffene „Modelle“, wenn ihr nationaler Kontext im Dunkeln bleibt. Städtische Bodenreform ist in diesem Sinne nicht nur und nicht in erster Linie eine Reform des Planungsinstrumentariums, sondern vor

allem die praktische Konzeptionierung eines „urbanistischen Leitbildes“, „also die Klärung der Frage, wofür das verbesserte Instrumentarium eingesetzt werden soll, sowie die Durchsetzung dieses Leitbildes in der planungspolitischen Praxis“.

Im Rahmen der kritischen Analyse und Dokumentation des italienischen Städtebau- und Bodenrechts, das in der BRD bisher noch kaum rezipiert worden ist, interessiert sich Bodenschatz in politischer Hinsicht insbesondere für die Kontroverse um das „legge sulla casa“ von 1971: Diese Reform war nicht nur — wie auch in Italien sonst üblich — Gegenstand der Auseinandersetzung von Parteipolitikern, von „Experten“, sondern auch „zentrales Kampffeld der Arbeiterbewegung“. Dies bedingte eine besondere Komplexität des Konfliktes, der von der Taktik der Gewerkschaften wesentlich mitbestimmt wurde und auch eine radikale Revision der traditionellen Rolle der Wissenschaft (des urbanistischen Fachverbandes) implizierte. Eine gewisse Entpolitisierung der Städtebaureform zeigt sich jedoch — wie Bodenschatz darstellt — Mitte der 70er Jahre. Mit der Problematisierung der 1978 verabschiedeten Mietgesetze sowie der Darstellung des Gesetzes über die Neuordnung des Eigentumsrechts am Boden von 1977 wird in der Arbeit zugleich immer auch die Frage nach den Ergebnissen der von der PCI verfochtenen Politik des „historischen Kompromisses“ auf dem Gebiete der Urbanistik behandelt.

Mit dieser Arbeit über Bedingungen, Möglichkeiten und Grenzen kommunaler (und interkommunaler) Reformpolitik im urbanistischen wie ökonomischen Bereich wird u. E. die bislang dominierende traditionelle Bolognarezeption in drei wichtigen Punkten erweitert oder auch korrigiert:

Erstens wird der *konfliktuelle* Charakter der Planungspraxis herausgearbeitet. So erscheint z.B. der bekannte Plan für den sozialen Wohnungsbau im historischen Zentrum in einem veränderten Licht: nicht mehr als wissenschaftlich brillantes Produkt der Planungsabteilung der Kommune, sondern als kompromißhaftes Ergebnis eines in Italien einmaligen urbanistischen Konfliktes. Es ist ein Ergebnis, das den Verzicht auf die beabsichtigte Enteignung der zu sanierenden Gebäude und Flächen und auf die Selbstverwaltung der sanierten Komplexe im Rahmen von Mietergenossenschaften beinhaltet.

Zweitens wird auch die Krise der *Reformpolitik* nach 1975 behandelt, die sich in einer Neuordnung der kommunalen

len Priorität äußert: Im Rahmen der Durchsetzung der von der PCI mitgetragenen Austerity-Politik auch auf kommunaler Ebene (Aufgabe der Politik des deficit spending) tritt die bisher dominierende „Politik des öffentlichen Konsums“ (forcierter Ausbau von sozialen Dienstleistungen) gegenüber der Politik der Wirtschaftsförderung im engeren Sinne in den Hintergrund. Rationalisierung der Dienstleistungen, Erhöhung der Tarife und Konzentration der Mittel auf „Investitionen zur Unterstützung der produktiven Sektoren“ sind die Folge. Damit verändert sich auch die allgemeine Funktion der Organe der Quartiersdemokratie: „Bestand diese Funktion bisher in erster Linie in Planung, Verwaltung und Ausbau der Dienstleistungseinrichtung, so wird den Quartiersinstitutionen jetzt von der Verwaltung die Aufgabe der Durchsetzung der Sparmaßnahmen auf Quartiersebene zugewiesen.“ In dieser Situation brechen auch in der Musterstadt italienischer Ruhe und Ordnung neue Konfliktfronten auf. „Der 'Dissens' der marginalisierten Gruppen (insbesondere der Studenten) formiert sich als gesellschaftliche Bewegung“ – eine Bewegung, die allgemeinpolitisch eine weitere, höchst ambivalente Profilierung der PCI als „staatstragender“ Partei zur Folge hat und die der Stadtplanung neue Aufgaben aufzwingt (Linderung der Wohnungsnot der Studenten).

Damit ist schon ein dritter, wichtiger Punkt angedeutet: die Einordnung der kommunalen Planungsdebatte in die nationale Reformkontroverse. So wird z.B. die kompromißhafte Anwendung der Enteignungsmöglichkeiten des „legge sulla casa“ in Bologna nur verständlich, wenn der Entstehungsprozeß dieser Reform auf nationaler Ebene in die Analyse mit einbezogen ist: als widersprüchliche Antwort auf die vor allem in den Großstädten des Nordens (und kaum in Bologna) geführten Stadtkämpfe erfordert dieses Gesetz auch in seiner Anwendung einen Grad an Basismobilisierung, der in Bologna von vornherein nicht gegeben war und hier von der PCI auch nicht gefördert wurde.

Die Arbeit von T. Harlander geht ebenfalls mehrstufig vor: Zunächst wird – für den deutschen Leser unerlässlich – die ungleiche räumliche und wirtschaftliche Entwicklung Italiens seit dem II. Weltkrieg aufgearbeitet, wobei über bloße Deskription hinaus vor allem die dualismus- und arbeitsmarkttheoretischen Erklärungsansätze sowie die Diskussion der konfliktuellen Folgen dieser Prozesse im Vordergrund stehen. Auf dieser Basis können sodann die großen Wirtschafts- und Planungsdebatten der 50er und 60er Jahre verfolgt werden. Interessant für die hiesige Diskussion um Investitionslenkung dürften hier insbesondere die – faktisch vergeblichen – Versuche sein, die ökonomisch und politisch relativ sehr gewichtigen „Staatsindustrien“ zu verantwortungsvollen Trägern eines rationalisierenden Eingriffs in die gravierenden räumlich und wirtschaftlich Ungleichgewichte zu

machen.

Schließlich ist eine ausführliche Untersuchung der politischen Abivalenz der italienischen Regionalismusdebatte vorgeschaltet, die im Ergebnis 1970 zur lange verzögerten Einrichtung der schon in der Verfassung vorgesehenen Regionen führte – eine Reform, die erst 1978 mit einem umstrittenen, kompromißhaften Gesetz vorläufig abgeschlossen werden konnte. Die Frage nach den Möglichkeiten einer „Demokratisierung durch Dezentralisierung“, einer tiefgreifenden Erneuerung des zentralistischen Staatsapparates von unten erweist sich dabei nicht nur angesichts des allgemeinen Erstarkens regionalistischer Bewegungen in den meisten westeuropäischen Ländern von grundlegender Bedeutung, sondern als schlechthin konstitutiv für den durch die PCI vertretenen, wesentlich auf die Institutionen bezogenen „italienischen Weg zum Sozialismus“. Im italienischen Beispiel zeigt sich, bezogen auf die dortige Problematik, welche Gefahren vom „strukturellen Konservatismus“ der Institutionen für die Einheit und den Fortschritt der sozialen Bewegung ausgehen, wenn diese Institutionen ihren politischen Gehalt nicht aus der organischen Verbindung mit der sozialen Basis gewinnen, sondern – wie im politischen Klima des „compromesso storico“ – mehr und mehr zum taktisch bestimmten Verhandlungsgegenstand der „großen Politik“ werden.

Bezogen auf die hiesige Regionaldebatte wird aber auch deutlich, wie ganz anders die Komplexe „Politik- und Verwaltungsreform“/Veränderung der allgemeinen Wirtschaftspolitik/Regionalpolitik miteinander verknüpft werden können. Erst die Regionalisierung als wichtigste Strukturveränderung des italienischen Staates der Nachkriegszeit schuf die Voraussetzungen für den auch in Italien herausragenden Versuch in der Region Emilia-Romagna, eine umfassende sozialorientierte Steuerung der sozialen, wirtschaftlichen und räumlichen Entwicklung einzuleiten.

Die Analyse dieses Experiments, seiner Voraussetzungen (die Stellung der Emilia-Romagna als „periphere Region“) der nach und nach entwickelten Programmatik, der Restriktionen (antiregionalistische Politik des Zentralstaats, Wirtschafts- und Finanzkrise etc.), der Instrumente (von besonderem Interesse hier die Rolle der Genossenschaften), der politischen Implikationen und bisherigen Ergebnisse macht den zweiten Hauptteil der Arbeit aus. Ähnlich wie im Fall Bologna wirkt sich auch hier der Übergang der PCI auf nationaler Ebene 1975/76 zur Unterstützung und Propagierung einer primär wirtschafts- und produktivitätsorientierten Austerity-Politik aus: sie forciert eine Wende der regionalen Politik, in der das Ziel einer weiteren Ausweitung der sozialen Dienstleistungen bzw. des sogenannten „sozialen Konsums“ mehr und mehr zugunsten einer rigiden Spar- und Opferpolitik zurücktritt.

Ebenso wie die entsprechende Diskussion der Bologneser urbanistischen Reformkonzepte bei H. Bodenschatz scheint mir dieser Teil für eine gerade erst beginnende Debatte über wirtschafts- und sozialpolitische Alternativen in der BRD wichtig. Hier wird die Möglichkeit zur Auseinandersetzung mit einem politisch konsistent formulierten Reformprogramm geboten, das in seiner Komplexität weit über die bei uns zu findende zaghafte und allzu häufig abstrakte „Suche nach Alternativen“ hinausgeht. Hier stehen die Ambivalenzen, Widersprüchlichkeiten und Restriktionen einer derartigen Programmatik nicht (allein) als akademisch-wissenschaftliche zur Diskussion, sondern als konkreter Ausdruck von Kräfteverhältnissen und politischen Prozessen.

Insgesamt sind die beiden sich ergänzenden (zusammen als eine Art Kompendium der italienischen Planung auf zentralstaatlicher, regionaler und kommunaler Ebene verwendbaren) Arbeiten der großen Zahl der „Bologna-Wallfahrer“ (oder „Bologna-Skeptiker“) und darüber hinaus denjenigen sehr zu empfehlen, die begonnen haben, sich intensiver mit der urbanistischen und Planungsdiskussion im europäischen Ausland zu befassen. Aber auch als ein konkreter Beitrag zur Diskussion um Programmatik und Praxis der italienischen Variante des Eurokommunismus, die hier anhand eines wichtigen politischen Praxisbereichs diskutiert wird, haben beide Bücher einen eigenständigen Wert.

Einer weiteren Verbreitung wird freilich wieder der – auch angesichts des Umfangs von jeweils ca. 300 Seiten – hohe Preis von DM 36, – pro Band entgegenstehen – ein Problem, das zu einem Stereotyp in der Rezension wenig auflagenstarker Bücher werden dürfte.

Adalbert Evers

NEUERSCHEINUNG

„... und vor allen Dingen, dat is' wahr!“ Eindrücke und Erfahrungen aus der Filmarbeit mit alten Menschen im Ruhrgebiet. Duisburg 1979, 144 S., 97 Abb., DM 8, –.

Eine Filmreihe der Volkshochschule Duisburg schuf eine ungewöhnliche Möglichkeit, alte Menschen nach Lebens- und Arbeitsbedingungen, ihrem Alltag, vor 20, 30 oder gar 40 Jahren zu fragen. Historische Filme aus der Retrospektive „Das Ruhrgebiet im Film“, 1978 bei den Kurzfilmtagen in Oberhausen erstmals vorgestellt, boten den Besuchern der Veranstaltung in fünf Duisburger Altentagesstätten Anknüpfungspunkte, um aus eigenem Erleben über die vergangenen Jahrzehnte zu berichten. In ihren Erinnerungen wird gelebte persönliche Geschichte lebendig – immer auch ein Stück Geschichte von Stadt und Region. Solche Geschichte(n) des Alltags im Ruhrgebiet dokumentiert dieser Band.